

nicht haben, nach anderen Mitteln suchen, um dort zum Ziele zu gelangen. Die Verhältnisse und die Wirtschaftliche Lage sind nicht mehr so günstig, wie sie früher waren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Kollektoren durch einen anderen Abgeordneten vertreten wird. Der Bundtag tritt nun in die Erörterung eines Anzahl Kapitel des Haushalts ein, wobei es sich hauptsächlich um die Ausgaben für die Reichsregierung handelt. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Die Gewerkschaften haben sich in der letzten Zeit sehr aktiv gezeigt. Sie haben sich bemüht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Unter den Rednern, die sich sodann nach zu Worte meldeten, befand sich auch Herr Dr. Winter, der den Reichsausschuss befragte, ob er nicht auf Grund des Beschlusses des Bundtages die Wiederherstellung des unerschütterlichen Vertrauens in die Reichsregierung verlangen will, der mit dem Gesamtgebiet verbunden wird. Die Reichsregierung habe nicht das getan, was nötig gewesen wäre, unsere Rechte zu wahren. Wenn aber der Bundtag nirgends Recht finden könne, so nehme er sich das Recht selbst!

Kleine politische Meldungen.

Reichstagswahlen am 6. April? Die Reichsregierung will, wie bekannt, alle Vorbereitungen, um nicht plötzlich von den Wählern überrascht zu werden. Der Reichsausschuss hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Die Reichsregierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Die Reichsregierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Die Reichsregierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Landtag.

Bundtag tritten sich der Präsident Winter einerseits und die Kommunisten und Sozialdemokraten andererseits darum, ob in dieser Sitzung das deutsch-nationale Wahtroussvotum behandelt werden solle oder nicht. Darauf ergriß das Wort Winterpräsident selbst:

Der Abg. Winter hat jedoch behauptet, daß die gegenwärtige Regierungslösung dringlich sei und die Regierung nicht den Mut habe, sich für Beibehaltung oder Aufhebung des Ausnahmezustandes zu entscheiden, und daß sie deshalb nicht wünsche, daß der Wahtroussantrag verhandelt werde. Die Regierungslösung ist durchaus nicht dringlich. Sie steht im Gegenteil fest da als zu Anfang ihrer Regierung. Die Regierung hat auch keine Veranlassung, der Entscheidung der Frage über Aufhebung oder Beibehaltung des Ausnahmezustandes aus dem Wege zu gehen. Der Oberkommandierende der Reichswehr v. Seeck hat an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, worin er gebeten hat, ihn von seinem Amte zu entbinden, das er auf Grund der Verordnung vom 8. November 1933 erhalten hat. Der Reichspräsident hat das in einem Antwortschreiben geantwortet, aber die Reichsregierung hat noch nicht zur Frage Stellung genommen, was nach dem 1. März werden soll. Solange das nicht geschehen ist, darf die Reichsregierung keine Veranlassung, entscheidend in dieser Frage Stellung zu nehmen. (Geschäfter der Kommunisten).

Ohne Aussprache wird dann gegen die Stimmen der Kommunisten und der sozialdemokratischen Minderheit das Gesetz über die Abänderung der Reichswehrverfassung der Abgeordneten in fortgesetzter Schlussberatung angenommen. Diese Abänderung lautet wie folgt: „Einem Abgeordneten, der auf Grund der Geschäftsordnung des Bundtages ausgeschieden wird, steht auf die Dauer der Ausschließung und zwar für die gesamte Zeit vom ersten bis zum letzten Ausschließungstage keine Aufwandsentschädigung zu. Dies gilt auch für den Fall, daß der ausgeschlossene Abgeordnete in einem Ausschuss, im Bundtagsverbande oder im

Einmündigkeit Dr. Reinhold: Schlichte Staatspläne Deutschlands haben sich den Vereinbarungen über die Arbeitszeit gefügt, nur Haude und Neudeck nicht, das sich dauernd geweigert hat. Die dortigen Arbeiter wollten die achte Stunde nicht verlassen, erklärten aber, sich Mühe geben zu wollen, in sieben Stunden, ebensolange zu leisten, wie in acht. Es ist ihnen eine Frist hierfür gelassen worden und sie haben auch etwas mehr geleistet. Im Jahre 1914 betrug die Deutscherleistung in der Schicht 2,8 Tonnen. Diese Leistung ist bis zum Dezember 1928 auf 1,8 Tonnen heruntergegangen. In der Probezeit ist die Förderung auf 1,8 Tonnen gestiegen. Die Arbeiter wollten nun, nachdem sie mehr leisteten, die achte Stunde behalten, trotzdem sie diese nicht verfahren. (Geschäfter rechts.) Das war selbstverständlich eine unmögliche Forderung und es ist ihnen gesagt worden, daß sie um die achte Stunde nicht herumkommen. Sie ist aber nicht verfahren worden, im Gegenteil sind die Beamten auf Geschäftsreise beurlaubt worden, so daß schon vor der Ausschließung Entlassungen erfolgen mußten. Die Arbeiter, die den Verhältnissen nicht unterworfen haben, mußten entlassen werden. Es waren aber sehr viele Arbeitswillige vorhanden, so daß es trotz des Wirtens des ehemaligen Betriebsrates möglich war, den Betrieb fast ununterbrochen aufrecht zu erhalten. Die Zahl der Einfahrenden hat sich von Tag zu Tag gesteigert. Die Zahl wäre noch größer, wenn die Arbeitswilligen nicht in unerhörter Weise beschimpft und bedroht worden wären. Man hat sogar die Familien und Frauen in der gemeinsten Weise drangalieriert. Wir werden die Verhältnisse so regeln, daß keine Erbitterung entsteht. Die Beilegung des Falles von Haude und Neudeck hat den Kommunisten bewiesen, daß man mit manchen Dingen in Sachsen nicht durchkommt. In Böhmen liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Haude und Neudeck. Die Arbeitszeit ist allgemein verlängert worden. Wir fordern dieselben Dinge von allen Schichten des Volkes. Jeder muß Opfer bringen. Gerade die Verlängerung der Arbeitszeit hat zur Folge gehabt, daß die große Wirtschaft und Arbeitslosigkeit allmählich überhand nimmt.

Winkel (so.) warnte davor, den Bogen allzuweit zu überspannen; Dr. Gardt (D.R.) billigte das Vorhaben des Finanzministers. Kaufsch (so.) sagt, daß die Verhältnisse in Haude und Neudeck geistig hätten; seine Freunde würden mit den Kommunisten stimmen.

Bei Kapitel 58, Art. 13 des Haushaltsplans wird gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen, die angeforderten 500 Millionen Mark abzulehnen. Es handelt sich um die Summe, die der frühere Finanzminister Böttcher seinerzeit einmündig für Erwerblose ausgegeben hat. Die folgenden sieben Punkte der Tagesordnung beschäftigen sich samt und sonders mit Schulfragen und werden gemeinsam behandelt.

Abg. Börner (D.R.) begründet seinen Antrag, die Regierung zu eruchen, eine Verordnung zu erlassen, nach der für den Besuch von Versuchsschulen der Bezirkschulmann nicht besteht und die nachgeordneten Schulbehörden angewiesen werden, Gesuchen um Ueberweisung von Kindern an geschlechtliche Volksschulen zu entsprechen. Durch Urteil über 8. Strafkammer des Landgerichts Leipzig vom 28. September 1933 ist festgestellt worden, daß Versuchsschulen, wie eine solche in Leipzig-Connewitz besteht, eine ganz andere Schulart darstellen, als die normale geschlechtliche Volksschule, da jene einen ganz anderen Weg zur Erreichung des Lehrzweckes vorseht, als diese. Das Oberlandesgericht hat die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Wir haben nichts dagegen, daß die Versuchsschule bestehen bleibt, aber man darf die Kinder nicht zum Besuche zwingen.

Ministerdirektor Winter: Das Volksbildungsausschussvermerk verfolgt den Grundgedanken, daß ein Antrag zum Besuche der Versuchsschulen zu vermeiden ist. Es hat aber den Bezirkschulmann für die Versuchsschule in Leipzig-Connewitz für zulässig erklärt, weil diese Schule die allgemeinen Ziele der Volksschule erreichen will. Das Ministerium hat keine Veranlassung, die gewünschte Verordnung zu erlassen, da es, wie erwähnt, keinen Schulmann für Versuchsschulen anerkennt.

Abg. Sieger (D.R.) gibt nunmehr die Begründung des Antrages, die Verfügung des Volksbildungsausschusses vom 21. Dezember 1933 wieder aufzuheben, die sich auf das Verbot von Lehr- und Lehrbüchern bezieht, soweit sie Preisveränderungen in größerer Anzahl und Stoffwechselhaftigkeitsinhalt, Gebete, Gebichte und Erbauungen zum Lobe der Frömmigkeit und dergleichen enthalten.

Von Stadt und Land.

Kauf für Dreißiger!

Dreißiger — das erste deutsche Volksschulheim ein geläutertes Verstand — nein, nicht mehr Versuch, sondern ein reifes Werk deutscher Volksbildung. Eröffnet am 7. und 8. Januar zur Hälfte nieder.

Dreißiger nimmt junge wertvolle Menschen, im problematischen Alter (um 20 und älter) auf 4 Monate herauf aus Verurteilung und allmählichem Gebräde, damit sie sich umgibt den wichtigsten Fragen ihres Lebens nicht nur widmen können, sondern mit ihnen fertig werden. „Gut zu werden“ in dem Sinne, sie klar zu sehen, nicht einseitig, unvollständig. Was wir dort finden, ist jede individuelle Wesen. Erleben, Kurieren. Wir brauchen Dreißiger! So wie wir das tägliche Brot brauchen, wie die deutsche Jugend, die vor ungewissen Aufgaben steht. Geht sie es alle? Das niedergebrannte Dreißiger, die Städte deutscher Kultur, gibt sie nicht auf! So ruhig und bestimmt wie es dieses Erlebnis so laut und dringend ruft es jetzt in die deutsche Welt um Hilfe, um Hilfe, um Hilfe!

Die Gewerkschaften haben sich in der letzten Zeit sehr aktiv gezeigt. Sie haben sich bemüht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Die Gewerkschaften haben sich in der letzten Zeit sehr aktiv gezeigt. Sie haben sich bemüht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Die Gewerkschaften haben sich in der letzten Zeit sehr aktiv gezeigt. Sie haben sich bemüht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Die Gewerkschaften haben sich in der letzten Zeit sehr aktiv gezeigt. Sie haben sich bemüht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Die Gewerkschaften haben sich in der letzten Zeit sehr aktiv gezeigt. Sie haben sich bemüht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Die Gewerkschaften haben sich in der letzten Zeit sehr aktiv gezeigt. Sie haben sich bemüht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Die Gewerkschaften haben sich in der letzten Zeit sehr aktiv gezeigt. Sie haben sich bemüht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Die Gewerkschaften haben sich in der letzten Zeit sehr aktiv gezeigt. Sie haben sich bemüht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.

Die Gewerkschaften haben sich in der letzten Zeit sehr aktiv gezeigt. Sie haben sich bemüht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu unterstützen, aber die Verhältnisse sind nicht so günstig, wie sie früher waren.